BASis Info 10/2025

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Liebe Leserin, lieber Leser,

die gute Absicherung im Alter ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Wer jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, muss darauf vertrauen können, dass diese Lebensleistung im Alter anerkannt wird und ein angemessenes Leben ermöglicht. Deshalb halten wir an der Vereinbarung im Koalitionsvertrag fest: Das Rentenniveau wird bis 2031 gesetzlich bei 48 Prozent stabilisiert. Diese Haltelinie sorgt dafür, dass der Wert der geleisteten Arbeit erhalten bleibt und sozialer Abstieg und harte Einschnitte verhindert werden. Das ist die Grundlage für das Vertrauen in unseren Sozialstaat.

Ohne die Stabilisierung würde das Rentenniveau bis 2031 um rund einen Prozentpunkt sinken. Die Junge Union fordert hingegen, ab 2032 so zu rechnen, als hätte es diese Haltelinie nie gegeben – also das Niveau künstlich herunterzusetzen. Das ist eindeutig nicht generationengerecht. Denn damit würden die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler von heute die Stabilisierung finanzieren, später aber selbst ein niedrigeres Rentenniveau erhalten. Das widerspricht dem Grundsatz, dass geleistete Arbeit im Alter anerkannt werden muss und dass Verlässlichkeit über Generationen hinweg gilt.

Das Gesetz ist Teil eines Rentenpakets, dessen weitere Maßnahmen wir demnächst auf den Weg bringen. Dazu gehören die Frühstartrente, die Aktivrente und die Stärkung der Betriebsrente. Alles ist im Koalitionsvertrag vereinbart worden. Wir als SPD sind vertragstreu und wollen alles umsetzen.

Die Menschen erwarten zu Recht Klarheit statt neuer Kürzungen. Deshalb muss das Rentenniveau stabil bleiben – für die heutigen Rentnerinnen und Rentner ebenso wie für jene, die nach 2031 in Rente gehen werden.

Darum setzen wir in diesem Jahr eine Rentenkommission ein. Ab 2026 wird sie Vorschläge für die Zeit nach 2031 erarbeiten und dabei alle drei Säulen der Alterssicherung in den Blick nehmen. Ziel ist ein dauerhaft verlässliches Gesamtversorgungsniveau, das sowohl die gesetzliche Rente als auch betriebliche und private Vorsorge umfasst. Nur eine solche Gesamtschau schafft langfristige Sicherheit.

Wichtig ist auch, die Debatte um die Finanzlage der Renten zu versachlichen. Von „explodierenden“ Ausgaben kann keine Rede sein. Betrachtet man die Rentenausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung, zeigt sich: Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten zwanzig Jahren sogar gesunken – von 10,8 Prozent im Jahr 2003 auf 9,2 Prozent im Jahr 2024. Auch die Bundeszuschüsse sind am BIP gemessen rückläufig. Und der Beitragssatz liegt mit 18,6 Prozent auf dem gleichen Niveau wie schon 1995. Das alles belegt, dass unsere Rentenversicherung stabil ist und auch künftig finanzierbar bleibt.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas

Regierungsbefragung

In der vergangenen Woche stand ich erstmals den Abgeordneten im Bundestag im Rahmen der Regierungsbefragung Rede und Antwort.

Dabei war es mir wichtig zu betonen: Sichere Arbeitsplätze haben für diese Bundesregierung oberste Priorität! Aktuell stehen tausende Arbeitsplätze in unseren Kernindustrien im Feuer: in der Stahl- und in der Chemieindustrie, im Maschinenbau und in der Automobilbranche.

Die Menschen erwarten daher zu Recht, dass wir als Politik handeln. Und deshalb geht es jetzt um ganz konkrete Maßnahmen, damit Deutschland ein starker Industriestandort bleibt. Deshalb haben wir ein Investitionsprogramm mit 500 Milliarden Euro auf den Weg gebracht – für Investitionen, die das Leben der Menschen vor Ort spürbar besser machen.

Wichtig ist auch, dass ausländische Fachkräfte schneller und einfacher auf den deutschen Arbeitsmarkt kommen können. Dafür haben wir Eckpunkte für eine Work-and-Stay-Agentur beschlossen.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten auch, dass es gerecht zugeht in diesem Land. Sie erwarten soziale Sicherheit, auf die sie sich verlassen können. Deshalb haben wir das Tariftreuegesetz in den Bundestag eingebracht, erhöhen den Mindestlohn ab Januar 2026 und reformieren die Grundsicherung.

Und auch unsere Arbeits- und Sozialverwaltung muss bürgerfreundlicher, schneller und digitaler werden. Dazu wird die Sozialstaatskommission Ende des Jahres Vorschläge machen.

Meine Rede im Bundestag und die anschließende Befragung können Sie hier ansehen.

Koalitionsausschuss

In den vergangenen Wochen haben die Spitzen der Koalition wichtige Vereinbarungen getroffen, um Unternehmen zu entlasten und Arbeitsplätze zu sichern. Dazu gehören der Deutschlandfonds, Maßnahmen zur Stromkostensenkung für energieintensive Branchen sowie eine Stärkung des Luftverkehrsstandorts.

Mit dem Deutschlandfonds schaffen wir ein Instrument, das privates Kapital für Zukunftsinvestitionen mobilisiert. Um die Stromkosten zu reduzieren, wird die Strompreiskompensation auf weitere Branchen ausgeweitet, und für 2026 bis 2028 ist ein Industriestrompreis im Rahmen der EU-Vorgaben geplant. Eine neue Kraftwerkstrategie soll zudem die Energieversorgung langfristig absichern. Durch geringere Gebühren und klare Regeln erhöhen wir außerdem die Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrs.

Der Bundestag hat außerdem die Abschaffung der Gasspeicherumlage beschlossen. Damit senken wir die Energiekosten für Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaft deutlich, denn der Bund übernimmt Kosten in Höhe von 3,4 Milliarden Euro. Ab Januar 2026 wird für Verbraucherinnen und Verbraucher eine durchschnittliche Gaspreissenkung um rund 2,5 Prozent erwartet. Wichtig ist, dass diese Entlastung vollständig an die Kunden weitergegeben wird. Gleichzeitig bleibt unser Ziel bestehen, das Energiesystem umfassend zu erneuern, denn langfristig sind erneuerbare Energien die günstigste Form der Energieerzeugung.

Mit dem Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung stärken wir zudem die Steuergerechtigkeit. Illegale Beschäftigung trifft besonders jene, die sich nicht selbst schützen können, und schadet seriösen Unternehmen. Schwarzarbeit entzieht unserem Staat jedes Jahr Milliardenbeträge, die wir für Bildung, Infrastruktur und Gesundheitsversorgung benötigen. Durch klarere Regeln für risikoreiche Branchen und digitale, effiziente Kontrollen schaffen wir mehr Fairness, schützen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und stärken unsere Sozialsysteme.

Neujahresempfang der Jüdischen Gemeinde

Die Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim/Ruhr-Oberhausen ist ein wichtiger Teil unserer Stadtgesellschaft. Sie schafft Räume der Begegnung, des Lernens und des Miteinanders. Ihre Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, mit Familien und älteren Menschen stärkt den Zusammenhalt und bereichert unsere Region.

Das jüdische Neujahrsfest Rosch ha-Schana lädt dazu ein, innezuhalten und Verantwortung füreinander zu übernehmen. Es steht für den Zusammenhalt, den unsere Demokratie braucht – geprägt von Respekt, Toleranz und gegenseitigem Vertrauen.

Es war mir eine große Freude, Ende Oktober beim Neujahrsempfang der Gemeinde dabei zu sein und persönlich Schana Towah – ein gutes Jahr – zu wünschen.

Verleihung des Bürgerehrenwappens

Der Verband der Duisburger Bürgervereine e.V. verleiht jährlich das Bürgerehrenwappen. Mit dieser Auszeichnung werden Persönlichkeiten und Institutionen geehrt, die sich in besonderer Weise um das bürgerschaftliche Engagement und das gesellschaftliche Miteinander in Duisburg verdient gemacht haben.

Es war mir eine große Freude, die Laudatio für Regenbogen Duisburg zu halten. Regenbogen Duisburg engagiert sich seit über 40 Jahren für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Unter der Leitung von Rolf Wöste, der die Auszeichnung stellvertretend entgegengenommen hat, leisten die Haupt- und Ehrenamtlichen beeindruckende Arbeit für Teilhabe und Akzeptanz. Besonders wichtig finde ich: Bei Regenbogen Duisburg findet jede und jeder Hilfe – niemand wird abgewiesen.

In diesem Jahr wurden neben Regenbogen Duisburg auch Ursula Dahmen und Gerhard Hauffe mit dem Bürgerehrenwappen 2025 ausgezeichnet – herzlichen Glückwunsch!

Mein Tagebuch

Zum MSV-Auswärtsspiel gegen 1860 München wurden im „Coupé 1900“ Fanartikel für den guten Zweck verlost – mit beeindruckendem Ergebnis: 1.500 Euro kamen zusammen! Organisiert wurde die Aktion durch die Brüder Uwe, Wolfgang und Volker Hans gemeinsam mit Bekim Ceka und Ratsherrn Uwe Ernst. Der Erlös geht an das Malteser Hospiz St. Raphael für den Kinder- und Jugendhospizdienst in Duisburg.

Als Schirmfrau des Malteser Hospizes St. Raphael habe ich mich sehr gefreut, die Spende persönlich mit übergeben zu dürfen. Für die aktuell 36 Kinder und Jugendlichen, die dort begleitet werden, gab es zusätzlich Adventskalender als kleine Freude in der Vorweihnachtszeit.

Ein herzliches Dankeschön an alle, die diese tolle Aktion möglich gemacht haben und natürlich an alle, die mitgemacht und gespendet haben!

Ich freue mich sehr, Lara Welter als Praktikantin in meinem Berliner Bundestagsbüro zu begrüßen. Lara absolviert ein achtwöchiges Praktikum im Rahmen ihres Masterstudiums Politikmanagement an der Duisburger NRW School of Governance. In den ersten Tagen hat sie bereits viele Einblicke in die Abläufe im Bundestag und im Ministerium erhalten und konnte mich tatkräftig in meinem Abgeordnetenbüro unterstützen. Besonders freue ich mich, dass wir heute auch die Möglichkeit hatten, uns persönlich auszutauschen.

Herzlich willkommen, Lara, und vielen Dank für Deine Unterstützung!

Bis zum nächsten Mal –
ich freue mich drauf!

V.i.S.d.P.:
Bärbel Bas, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607
baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html.

Neues zum Schluss